

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 1 (1960)
Heft: 49

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Abwertung der Legislation

Ob in ihrer direkten oder ihrer indirekten Form führt diese Praxis einer «wildten» Rechtsschaffung jedenfalls zum Abbau einer eindeutig zuständigen und kontrollierbaren Gesetzgebung. Der geschriebene Text verliert den flexiblen Parteidirektiven gegenüber weiterhin an Bedeutung. Am Schlusse der Entwicklung stünde eine Partei herrschaft, die nicht einmal mehr den Schein einer Rechenschaftsabgabe dem Staate gegenüber zu wahren brauchte.

Staatliche Funktionen werden auch ausserhalb der Tschechoslowakei schon in beträchtlichem Ausmass auf gesellschaftliche Kollektive übertragen. So sind die Kompetenzen im Versicherungswesen ganz an die gewerkschaftlichen Organisationen delegiert worden. Die Partei nützt die staatliche Struktur als Werkzeug aus, und wo ihr sogar das zu umständlich ist, setzt sie ihren Willen über ausserstaatliche Organe und Institutionen durch.

Bei alledem ist zu beachten, dass im kommunistischen System staatliche und wirtschaftliche Institutionen zwar dezentralisiert sein können, die Partei aber immer zentralisiert ist. Die Anarchie der Rechtsformen hindert die straffe Führung in faktischer Hinsicht nicht, sondern fördert sie sogar.

Militär

Polen

Schieber beim Budget

Wie die Sowjetunion, so budgetiert auch Polen für das kommende Jahr mit gut 16 Milliarden Zloty verringerte Verteidigungsausgaben. Aber während dort die eingesparten Mittel zu «Forschungszwecken» an Raketenbau und Nuklearerzeugung gehen, so werden sie hier paramilitärischen Organisationen zugeführt, die einen gewaltigen Aufschwung nehmen.

Die «Liga der Soldatenfreunde», welche jetzt schon 960 000 Angehörige umfasst, will ihre Mitgliederzahl im Laufe des neuen Fünfjahresplanes auf 1,9 Millionen erhöhen. Die Organisation umfasst zurzeit 18 400 Zirkel, 830 Klubs und rund 470 Sektionen. Im Verlaufe dieses Jahres organisierte sie mehr als 12 000 verschiedene Kurse für etwa eine halbe Million Teilnehmer. Ueberdies führte sie ein umfangreiches Sportprogramm durch.

Das alles aber ist laut «Trybuna Ludu» dem stellvertretenden Verteidigungsminister General Duszynski als Oberinspektor des militärischen Bildungswesens und dem Chef der Politischen Oberverwaltung der polnischen Armee, General Jaruzelski noch lange nicht genug. Auf einer mehrtägigen Konferenz der Ligaleitung erklärten sie, die «Soldatenfreunde» müssten in den kommenden Jahren noch viel besser organisiert werden. Breite Kreise der Einwohnerschaft, insbesondere der Dorfbewölkerung, seinen noch nicht erreicht worden und müssten intensiver bearbeitet werden. Im Laufe des nächsten Fünfjahresplanes soll in jeder Ortschaft, an jeder Schule und in jedem Betrieb von wenigstens 100 Personen ein Zirkel errichtet werden. Jeder Bezirk, alle mittleren und höheren sowie die grösseren Betriebe würden einen Klub erhalten. Die Sportschulung habe ebenfalls ausgeweitet zu werden; wo es möglich sei, müsse insbesondere der Hochseesport gefördert werden.

Erdöl

Wie aus der Zusammenfassung eines Artikels der «Jugoslovenski preglad» (Belgrad, Nr. 10, 1960) hervorgeht, ist die Erdölproduktion Jugoslawiens von 395 000 t im Jahre 1957 auf 600 000 t (1959) angestiegen. 1960 soll die gesamte Produktion über 900 000 Tonnen erreichen. Verglichen mit der Weltproduktion ist diese Zahl bescheiden, aber der Fortschritt verdient Beachtung.

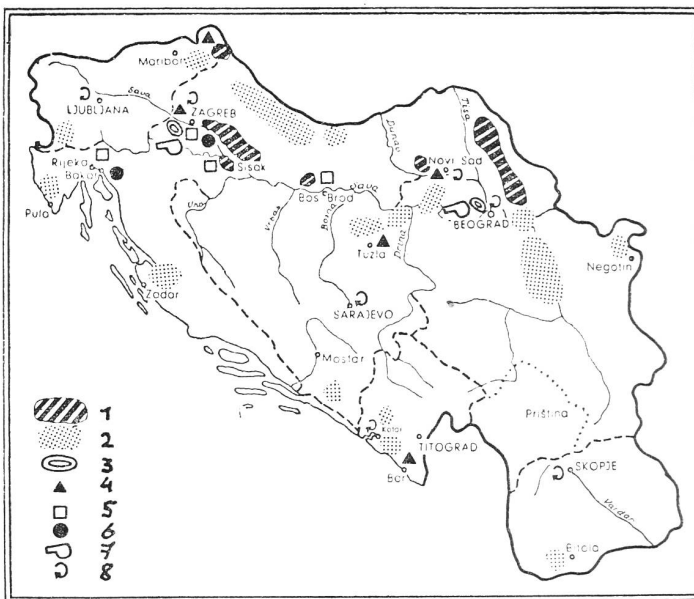
Das Zentrum der Bohrarbeiten ist auf das Panonija-Gebiet konzentriert. Forschungen haben dazu geführt, dass hier die reichsten Erdölfelder des Landes, deren Jahresproduktion auf 600 000 t berechnet wird, im Dorfe Struzec bei der Stadt Sisak entdeckt wurden. Ferner wurden in Ferdinandovac und Pitomaca (Kroatien), Elemir und Kikinda (Serbien) ebenfalls Erdölfelder gefunden. Erdgasvorkommen wurden in Plandista (Serbien) entdeckt. Fast gleichzeitig wurden bei Melenci, Konak und Surjan (Serbien) sowie in Kroatien neue Funde gemacht.

Die Erdölherzeugung ist in Jugoslawien in stetem Wachstum begriffen, wodurch die Einfuhr für einheimische Raffinerien rückläufig ist. Es wird erwartet, dass 1961 die gesamte Kapazität der Raffinerien für das einheimische Erdöl eingesetzt wird.

1960 wurden eine ganze Anzahl Erdölfelder in die Produktion einbezogen, die hier

Jugoslawien

Produktion und Forschung im Vormarsch



- 1 = Erdölfelder in Ausbeutung
- 2 = Hier werden zurzeit Bohrungen durchgeführt
- 3 = Firmen für geologisch-geophysikalische Forschungsarbeiten
- 4 = Firmen für Erdöl- und Erdgas-Forschungsarbeiten
- 5 = Raffinerien
- 6 = Petrochemische Industrie
- 7 = Institute für Erdölforschung
- 8 = Handelsnetz für Engros-Handel

nicht namentlich aufgeführt werden sollen.

Von 1945 bis 1960 (Juli) wurden in Jugoslawien insgesamt 3 400 000 t Erdöl produziert, davon 1,5 Mill. t nach 1957.

Produktion von Erdöl und Erdgas 1957 bis 1960

Jahr	Erdöl (in 1000 t)	Erdgas (Mill. Kubik- meter)	Erdgas, flüssig (in 1000 t)	
			natur	raffiniert
1957	395,6	41,5	2,0	5,7
1958	462,2	46,1	2,3	5,9
1959	592,5	50,0	2,7	11,2
1960*	436,6	29,6	1,8	6,9

* bis 31. Juli 1960

Es wird erwartet, dass 1960 insgesamt 910 000 t Erdöl produziert wurden. Davon soll allein das Erdöl Struzec, das durch eine Pipeline von 13 km mit der Raffinerie in Sisak verbunden ist, 310 000 t Erdöl liefern. Die gesamte einheimische Erdölproduktion soll 1961 1 300 000 t erreichen.

Die Erdöl-Verarbeitungs-Industrie hat verschiedene neue Betriebe erhalten. So wurde in Rijeka eine Raffinerie in Betrieb genommen, welche die Produktion von Schmieröl mit hohem Viskosegehalt ermöglichen wird, desgleichen in Bosanski. Die Erzeugung von Erdölderivaten zeigt folgende Entwicklung (in 1000 Tonnen).

Produkt	1957	1958	1959	1960*
Benzin	221	252	249	159
Petrol	73	62	63	49
Dieselöl	252	298	331	201
Heizöl	356	332	358	206
Motoröl	20	20	26	23
Bitumen	45	68	82	45
Varia - Oele usw.	34	34	38	49
Total	1001	10 066	1147	732

* bis 31. Juli 1960

An unsere geschätzten Leser und Abonnenten

Indem wir unseren verehrten Abonnenten und Lesern beim Jahreswechsel für die unserer Zeitung bewiesene Treue bestens danken, wünschen wir ihnen allen ein glückhaftes und gesegnetes 1961

Infolge der Neujahrsfeiertage und der damit verbundenen kurzen Betriebseinstellung fällt die Nummer vom 4. Januar aus.

Der nächste «klare Blick» erscheint demzufolge am 11. Januar zur gewohnten Zeit.

Administration und Verlag
«Der klare Blick»

Der Import von Erdöl 1957 bis 1960

Jahr	in 1000 t	Prozent der Beteiligung einheimischer Verarbeitung
1957	649	62,0
1958	629	59,2
1959	619	50,7
1960*	344	46,7

* bis 31. Mai 1960

Von Erdölderivaten werden Flugzeugbenzin, spezielle Schmieröle und Fette, sowie seit 1959 Dieselöl importiert. Ausgeführt werden dagegen Heizöl und flüssige Erdgasüberschüsse. Wegen des erhöhten Verbrauchs von Dieselöl im Inland wird der Import von Dieselöl immer grösser.

**Import und Export von Erdölderivaten
1957 bis 1960 in 1000 t**

Jahr	Import	Export
1957	43	161
1958	71	127
1959	127	130
1960	74	72

* bis 31. Mai 1960

Man erwartet, dass die Erdölproduktion bis 1965 — also bis zum Ablauf des neuen Fünfjahresplanes — auf 2,2 Mill. t ansteigen wird, und diejenige des Erdgases auf 400 Mill. Kubikmeter. Die Produktion von Erdölderivaten soll von 1,3 Mill. t auf 3 Mill. t erhöht werden.

Justiz**Sowjetunion****Neue Form — alter Inhalt**

Wer in der Sowjetunion beim Abhören von Radio Freies Europa erwischt wird, hat mit einer Freiheitsstrafe bis zu sechs Jahren oder mit Deportation zu rechnen. Flucht nach dem Ausland oder Weigerung, in die Sowjetunion zurückzukommen, wird als besonders gefährliches, gegen den Staat gerichtetes Delikt betrachtet und kann mit dem Tode bestraft werden. Privater Handel zum Nachteil des Kollektivs (d. h. praktisch jeder private Handel) kann bis zu fünf Jahren Gefängnis oder Zwangsumsiedlung nach sich ziehen.

Unionsflucht = Hochverrat

Das sind einige Punkte aus dem neuen sowjetischen Strafgesetzbuch, das im November und Dezember in der «Sowjetskaja Justizija» publiziert wurde. Es gibt sich den Anschein, mehrere Rechte der Bürger klarer zu bestimmen, aber in Wirklichkeit geht unter der neuen Form die alte Willkürherrschaft weiter.

Das ist vor allem bei politischen Delikten der Fall, wo in undefinierbaren Tatbeständen geschwelgt wird. Unser erstes Beispiel könnte durchaus die Folge der Bestimmungen von Artikel 69 sein, das von anti-sowjetischer Agitation und Propaganda handelt. Die angeführten Strafen gelten für Vergehen, für die so schwimmende Definitionen gegeben werden wie «Agitation oder Propaganda, um die Sowjetmacht zu unterhöhlen oder zu schwächen, Verbreitung verleumderischer Erfindungen, die das sowjetische Staats- und Gesellschaftssystem in üblen Ruf bringen, Verteilung, Herstellung und Aufbewahrung von entsprechender Literatur.»

Die Flucht nach dem Ausland wird in Artikel 64 unter Hochverrat aufgeführt, zusammen mit den nicht näher umschriebenen Tatbeständen von Strafhandlungen ge-

gen die staatliche Unabhängigkeit, territoriale Unverletzlichkeit oder die militärische Macht der UdSSR. Kriegspropaganda in jeglicher Form wird mit Freiheitsentzug von drei bis acht Jahren geahndet. Was man unter Kriegspropaganda zu verstehen hat, ist nirgends angegeben.

Kollektivwirtschaft in der Defensive

Zahlreich sind die Bestimmungen, die auf wirtschaftlichem Gebiet das Kollektiv gegen private Gewinnsucht schützen sollen. Spekulation, d. h. der Weiterverkauf von Waren mit Gewinn, zieht im einfachsten Fall Freiheitsstrafen von einem bis zwei Jahren nach sich, wenn sie «in grossem Ausmass» betrieben wird, von zwei bis sieben Jahren (Artikel 154). Deutlich wird jedenfalls aus diesem scharfen Vorgehen gegen die Profiteure, dass sich die Planwirtschaft von ihnen heute ernsthaft bedroht sieht. Die Strafgesetzgebung bestätigt auf diesem Gebiet übrigens nur den Eindruck, den man schon aus zahlreichen Pressestimmen gewinnen konnte. Schwarzhandel in mehr oder weniger ausgeprägter oder verhüllter Form ist in der Sowjetunion bereits zu einem schwerwiegenden Wirtschaftsfaktor geworden.

Auch die Produktionsqualität muss offenbar durch massive Drohungen gesichert werden. In Artikel 152 wird festgelegt, dass die Erzeugung minderwertiger, unter dem Standard liegender Produkte dem betreffenden Verantwortlichen — als Beispiele sind Direktoren, Oberingenieure und Leiter der Abteilung für technische Kontrolle genannt — Gefängnis bis zu drei Jahren eintragen können.

Rechtsstaatliches Programm...

Die neuen Gesetze (Gerichtsverfassung, Strafprozessordnung und Strafrecht) gründen sich auf die vor zwei Jahren erlassenen Grundsätze des Justizwesens und sind eigentlich für die Russische Föderation gültig. Da sie aber in den ebenfalls neu edierten Bestimmungen der übrigen Unionsrepubliken durchaus übernommen werden, können sie als allgemeinverpflichtend betrachtet werden.

Der neue Text könnte zu einem Trugschluss verleiten, da er formal mehrere

Ansätze zu rechtsstaatlichen Begriffen enthält. Viele, bisher nicht einmal verankerte Grundsätze — wie richterliche Unabhängigkeit, Freiheit der Verteidigung, Gleichheit der Parteien vor dem Gesetz und Unantastbarkeit der Person — sind wenigstens angeführt. Aber diese schönen Prinzipien werden von Paragraph zu Paragraph wieder aufgehoben.

...nicht durchgeführt

Gerichtsverfassung und Strafprozessordnung betonen beide in den einleitenden Artikeln die Achtung vor den Normen (nicht etwa den gesondert angeführten Gesetzen) des sozialistischen Zusammenlebens. Auch von den Richtern wird sowohl Definierbares als auch Undefinierbares verlangt (Strafprozessordnung, Artikel 16), dass sie nämlich im Strafverfahren «ihren Entscheid auf Grund des Gesetzes und ihres sozialistischen Rechtsbewusstseins fällen.»

Artikel 1 des neuen Strafgesetzbuches umschreibt die Aufgaben des StGBs wie folgt: «Aufgabe des StGBs ist es, das sowjetische Gesellschafts- und Staatssystem, das sozialistische Eigentum, die Person und die Rechte der Staatsbürger und die ganze sozialistische Rechtsordnung vor Delikten zu schützen.» Und zum Begriff des Deliktes heisst es: «Ein Verbrechen ist eine im besonderen Teil des Gesetzbuches enthaltene sozialgefährliche Handlung (Tat oder Unterlassung), die gegen das sowjetische Gesellschafts- oder Staatssystem, gegen das sozialistische Wirtschaftssystem, das sozialistische Eigentum, die Person, die politischen, Arbeits-, Vermögens- und anderen Rechte der Staatsbürger, sowie gegen andere, die sozialistische Rechtsordnung berührende Punkte stösst.»

Die Schlussfolgerung solcher Definitionen:

1. Jede Handlung, die gegen die gegebene Wirtschafts-, Rechts- und Staatsordnung verstösst (auch die «negative» Kritik) ist ein Delikt. 2. Der Richter ist nur im Rahmen seines sozialistischen Rechtsbewusstseins (ein nirgends definierter Begriff) an das Gesetz gebunden. 3. Das Spiel mit dem undefinierbaren Begriff der «Sozialgefährlichkeit» geht weiter. Es lässt Missbrauch und Willkür nahezu beliebigen Spielraum.

Das neue Gesicht Afrikas: Aethiopien

Aethiopien (Abessinien), Kaiserreich in Nordostafrika. Föderation mit Eritrea unter Souveränität der äthiopischen Krone. Staatsoberhaupt: Kaiser (Negus Negesti) Haile Selassie seit 1930.

Staatsform: Konstitutionelle Monarchie mit stark feudalen Zügen und besonderen Vorrechten der Krone. Parlament besteht aus Senat (vom Kaiser ernannte Mitglieder) und Abgeordnetenhaus (praktisch durch den Adel bestimmt).

Bis auf die Zeit der italienischen Besetzung 1936—1941 immer unabhängig geblieben. Uno-Mitglied seit 1945.

Bevölkerung: Die herrschende Schicht bilden die semitisch-hamitischen Abessinier (ein Drittel). Die Gallas hamitischer Rasse (ungefähr die Hälfte) nehmen eine niederere Stellung ein. Der Rest verteilt sich auf verschiedene Stämme.

Sprachen: Amharisch (Staatssprache) und Tigre, beide semitisch.

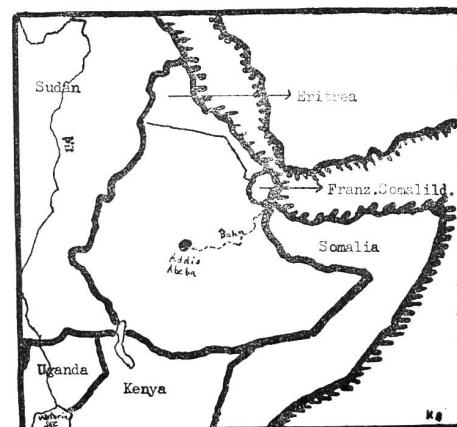
Bodenfläche: 1,2 Millionen km².

Einwohnerzahl: 20 Millionen.

Hauptstadt: Addis Abeba.

Währungsparität: 2,48 äthiopische Dollar = 1 amerikanischer Dollar.

Wichtigste Landesprodukte: Kaffee, pflanzliche Oele, Häute.



Keine Kindermorde mehr

Eine nicht fiktive, sondern auch effektive Besserung stellt das Gesetz in bezug auf die strafrechtliche Erfassung der Minderjährigen dar, da wenigstens die legalen Kindermorde nun abgeschafft sind. Nach dem bis jetzt gültigen Recht konnten Jugendliche von zwölf Jahren an hingerichtet werden, und zwar wegen Gemeindelikten, die aber praktisch oft eine politische Färbung erhielten. Todesurteile dürfen jetzt nurmehr gegen Personen gefällt werden, die bei der Begehung des Verbrechens das 18. Altersjahr erfüllt haben. Die strafrechtliche Verantwortung beginnt bei 14 Jahren für schwere Verbrechen (unter den erläuternden Beispielen sind keine politischen Delikte angeführt) und bei 16 Jahren für die übrigen Vergehen. Bei jeder altersmässigen Bestimmung der Verantwortlichkeit gilt das Alter beim deliktischen Verhalten. Eine andere Regelung ist übrigens in keinem andern kommunistischen Staat, auch in Ungarn nicht, gesetzlich festgelegt.

(Der «klare Blick» wird im Rahmen einer Untersuchung die neue sowjetische Strafgesetzgebung ausführlich behandeln.)

Landwirtschaft

Ich sage Ihnen, Nikita

«Lieber Nikita Sergejewitsch. Ihr sollt Euch nicht beleidigt fühlen, wenn ich mich aufrichtig äussere. Aber es ist einfach bedauerlich, dass man für eine Arbeit — und was für eine Arbeit —, für die man alle Kräfte einsetzt, kein Ehrenscheiben bekommt, sondern jeden Samstag kritisiert wird, und wie!»

Diese erstaunlichen Zeilen stehen in einem gesamthaft noch erstaunlicheren Dokument, einem offenen Brief mit offener Kritik an Chruschtschew. Ein Kolchosvorsteher trägt seine Klagen über Vernachlässigung der kleinen Kolchosen zugunsten der Grossbetriebe, über den reparaturbedürftigen Reparaturdienst (KB, Nr. 45) und die Landwirtschaftspolitik im allgemeinen gleich der höchsten zuständigen Stelle vor. «Schelskaja Schisn», das in Moskau erscheinende grosse landwirtschaftliche Fachorgan des ZKs, brachte das ganze lange Schreiben am 13. Dezember unter dem Titel «Was den Kolchospräsidenten beunruhigt» über beinahe eine ganze grossformatige Seite.

Der Schreiber S. Davidjuk stellt sich als stellvertretender Regimentskommandant im Kriege vor, aber das sei leichter gewesen als die Leitung des kleinen ukrainischen Kolchos: «Was die Arbeit eines Kolchospräsidenten angeht, vor allem, wenn er einem wirtschaftlich schwachen Betrieb vorsteht, will ich Ihnen sagen, lieber Nikita Sergejewitsch, dass dieses Amt vielleicht das schwerste in unserem Lande ist.» Und dann ermahnt unser Schreiber den Regierungschef und Parteisekretär, auch sein Amt etwas schwerer zu nehmen:

Der Staat, so wird ausgeführt, habe die Spitzenkolchosen lange genug kräftig unterstützt. Jetzt habe er auch den zurückgebliebenen Unternehmen zu helfen; die wirtschaftlich schwachen Betriebe seien an der Reihe. Doch bekämen gerade diese weder Baumaterialien noch Maschinen, da alles an die reichen Kolchosen gehe und überhaupt ungerecht verteilt werde. «Es ist notwendig, Nikita Sergejewitsch, mit Hilfe langfristiger Kredite alle Kolchosen gleicherweise mit technischer Ausrüstung zu versorgen.»

«Ich bitte Euch, lieber Nikita Sergejewitsch, am Plenum des ZKs der KPdSU (das wegen der Misserfolge von Chruschtschews Landwirtschaftspolitik auf den Januar verschoben wurde) unsern Konstrukteuren unbedingt mitzuteilen, dass sie Maschinen zum Auf- und Abladen des Düngers bereitstellen sollen. Auch weitere Maschinen sind bitter nötig.»

Reparaturen, so heisst es weiter, würden von den dazu bestimmten Reparaturwerkstätten kaum ausgeführt und Ersatzteile seien überhaupt nicht erhältlich. «Nikita Sergejewitsch, der Volkswirtschaftsrat ist Eure Schöpfung, aber es ist nur ein halb funktionierendes Organ, denn es beschäftigt sich nicht mit der Landwirtschaft.» Da das Landwirtschaftsministerium (dessen Vorsteher Matskewitsch anscheinend zum Sündenbock für die agrarischen Misserfolge gestempelt werden soll) nicht gut arbeite, müsse es dem Volkswirtschaftsrat unterstellt werden. Auch sei die Landwirtschaft nach dem Muster der Industrie zu dezentralisieren (wozu Chruschtschew allerdings schon Schritte unternommen hat).

«Folgende Situation hat sich ergeben, Nikita Sergejewitsch: Wenn unser Minister (Matskewitsch) Ersatzteile oder Maschinen haben will, geht er in die Planungskommission, und diese beauftragt den Volkswirtschaftsrat. Wenn aber kein Betrieb davon einen Nutzen hat (d. h. wenn keine

der staatlichen Maschinenfabriken und Reparaturwerkstätten zur Erfüllung ihrer eigenen Produktionspläne daran interessiert ist), sitzen wir ohne Ersatzteile da. Wenn man Milch, Fleisch und andere Produkte der Kolchosen und Sowchosen frei kaufen kann, soll man den Kolchosen auch erlauben, Ersatzteile frei einzukaufen.» (Die Belieferung von Ersatzteilen wie auch die Ausführung von Reparaturen ist zentral geregelt.)

Höchst aufschlussreich ist eine beiläufige Bemerkung in diesem Zusammenhang: Ersatzteile könne man auch «von den Spekulanten» (im verbotenen privaten Zwischenhandel) kaufen, aber das sei ja nicht der richtige Weg. (Immerhin scheint es also ein durchaus möglicher, naheliegender Weg zu sein.)

Es kann angenommen werden, dass Chruschtschew diesen Brief ohne Präzedenzfall auf dem ZK-Plenum noch einmal vorgelesen erhält, wo vielleicht nicht nur der Sack geschlagen werden wird.

Namenanpassung

Tschechoslowakei

Nur nicht überessen

Zwei neue Schritte sorgen in der Tschechoslowakei dafür, dass man das Wort vom Mustersatelliten weiterhin anerkennen kann. Beide Meldungen, die eine über Abschaffung der «Nebenwirtschaften» und die andere über die Einführung von Kameradschaftsgerichten, berichten über eine prompte Anpassung an sowjetische Verhältnisse, ohne diese aber zu erwähnen.

Der Kampf gegen die Nebenwirtschaften, diese kleinen privat bebauten Parzellen in einem Kollektivbetrieb, wird tatsächlich damit begründet, dass die Mitglieder der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) selbst ihre persönliche Einkommensquelle als «schädlich für die Kollektivwirtschaften» empfinden. Lediglich um das Kollektivgewissen zu erleichtern werden also laut der in ungarischer Sprache erscheinenden «Uj Szó» im neuen Jahr umfangreiche «Reorganisationsen» der Nebenwirtschaften durchgeführt. In den tschechischen Gebieten hätten sich die Bauern entschlossen, ihre eigenen Nebenwirtschaften freiwillig ans Kollektiv abzutreten. In der Westslowakei seien die Mitglieder von 126 LPGs übereingekommen, die Nebenwirtschaften jetzt nicht mehr

Kleiner Silvesterreigen mit Moralin

Den typischen Vertretern der intensiv bekämpften Volksschädlinge widmet die «Prawda Ukranja» zum Jahreswechsel diesen Bilderbogen mit Versen (freie Uebersetzung).



Die «Melkerin»

Beim Kolchosarzt, da ist sie auf dem Hund,
Beim schwarzen Brennen und

beim Schank,

Da ist die Anna nicht mehr krank,
Da ist die Anna kerngesund.

Verkauf mit Privatzuschlag

Lasst ihr's lange euch verdriessen,
Was Profitja kläfft?

Keinen Handel sollt ihr schliessen,
Sondern das Geschäft.

Taugenichts

Mama studiert sich fast zu Tod,
Und Vater krampft um seinen Lohn.
Erholung tut da wahrlich not,
Und das besorge ich, der Sohn.

Die Supermoderne

Ein bisschen Kleid,
Ein bisschen Gschmier:
S'ist gar nicht leid
Als Zirkustier.

Curriculum der Woche

MILOVAN DJILAS

Schriftsteller, ehemals Mitglied des Politbüros des BdkJ (= KP) und Vizepräsident des Jugoslawischen Bundesvollzugsrates (= Bundesregierung). Mitglied der KP seit zirka 1930 bis zum freiwilligen Austritt 1954. Seit 1956 in Kerkerhaft.

Geboren 1911 im Dorf Podbiske bi Kolasinko polje (Montenegro). Absolvierte das Gymnasium, wobei er sich der kommunistischen Bewegung aktiv anschloss; begann seine Studien in Belgrad, wurde 1933 als Leiter der kommunistischen Studentenorganisation zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Im Zweiten Weltkrieg leitete Djilas (1941/1942) als Beauftragter des ZK zusammen mit Moscha Pijade den Aufstand in Montenegro (gegen die deutsch-italienische Besatzungsmacht). 1943 bis 1945 war er im Obersten Stab der Tito-Partisanenbewegung tätig (für aussenpolitische Fragen und Propaganda); im besonderen 1943 als Mitglied der gesetzgebenden Körperschaft des antifaschistischen Rates der Volksbefreiung. Fanatischer Stalinist, reiste 1944 als Delegierter des Obersten Partisanenstabes nach Moskau.

1945 wurde Djilas Minister für Montenegro in der Bundesregierung. 1946 bis 1952 Minister ohne Portefeuille. Nach der Verfassungsreform 1953 wurde er Vizepräsident der Bundesregierung und kurz darauf noch Präsident der Obersten gesetzgebenden Körperschaft. 1948 bis 1954 bekleidete er den Posten eines Sekretärs des Politbüros im ZK.

Nach seinem Moskauer Besuch 1948 wurde Djilas Gegner der Stalinpolitik. In einer Reihe weltweit beachteter Reden, Aufsätzen und Zeitungsartikeln distanzierte sich Djilas von Stalin. Durch das Machtwort Titos wurde er — nach vergeblichen Rechtfertigungsversuchen — aller Funktionen im Parteiapparat enthoben. Kurz darauf verzichtete er freiwillig auf die Parteimitgliedschaft und widmete sich «privatim» der Tätigkeit als Schriftsteller und kritischer Zeitungsartikelschreiber (in The New Leader, New York). Dies führte 1956 zu seiner Verhaftung, zur Verurteilung und zur Kerkerstrafe «wegen Verleumdung und feindseliger Propaganda».

getrennt, sondern kollektiv zu bestellen. Der Ertrag wird nach dem Wirtschaftsjahr aufgeteilt, und zwar, was den einzigen Unterschied zum übrigen Kollektivbetrieb darstellt, unter Berücksichtigung der Grösse der Nebenwirtschaften.

Die Kampagne gegen die Nebenwirtschaften war diesen Herbst in der Sowjetunion wieder verstärkt aufgenommen worden. Anscheinend soll dort dieses Ueberbleibsel privatwirtschaftlicher Bebauung für die Misserfolge der gesamten landwirtschaftlichen Produktion zum mindesten mitverantwortlich gemacht werden. Immerhin liess man dort nicht die einzelnen Mitglieder der Kollektivwirtschaften selbst die Abschaffung ihres kleinen persönlichen Einkommens fordern wie jetzt in der CSSR. Als seinerzeit in China die enteigneten

Grundbesitzer eine gewisse Abfindungssumme zugesprochen erhielten, wiesen sie dieses Geld laut offizieller Darstellung, die sofort erhältlich war, freiwillig zurück. Und so verzichteten heute die tschechoslowakischen Bauern auf ihre Nebenwirtschaft.

Die Einführung der Kameradschaftsgerichte nach sowjetischem Muster (KB, Nr. 35 u. a.) wurde laut «Rude Pravo» vom Zentralkomitee der Partei beschlossen. «Das ZK hat die staatlichen Behörden angewiesen», so heisst es unverhüllt, «nach den vom ZK-Plenum festgesetzten Grundsätzen das Statut der Kameradschaftsgerichte auszuarbeiten. Der Beschluss wird in Zusammenhang mit der gegenwärtig in allen kommunistischen Staaten laufenden Kampagne gegen die Schmarotzer (KB, Nr. 43, 46) gebracht. Die Institution der Kameradschaftsgerichte darf mit der Bestrebung, legale Gewalten an gesellschaftliche Kollektive zu delegieren (siehe heutige Untersuchung) in Zusammenhang gebracht werden.

Gegen die Gefahr, dass sich die Bevölkerung zu Neujahr überessen könnte, wendet sich «Uj Szo» mit der Forderung nach Reorganisierung der 845 tschechoslowakischen Betriebsküchen. Berücksichtigt werden müsse dabei, dass in der CSSR 60 Prozent der Frauen, 40 Prozent der Männer und 15 Prozent der Kinder überernährt seien. Das ist der einzige Hinweis darauf, dass die beabsichtigten Reformen tatsächlich eine Verkürzung der Rationen zum Inhalt haben.

Die 49 Curricula

Der «klare Blick» brachte im 1. Jahrgang die Kurzbiographien folgender Persönlichkeiten:

Jerzy Albrecht	Nr. 46
Dr. Hastings Banda	Nr. 15
Hilde Benjamin (-Lange)	Nr. 25
Leonid Ilitsch Breschnew	Nr. 19
Nikita Sergejewitsch Chruschtschew	Nr. 39
Ilja Grigorjewitsch Ehrenburg	Nr. 42
Milovan Djilas	Nr. 49
Li Fu-Tschun	Nr. 14
Aleksander Fjedorowitsch Gorkin	Nr. 48
Wladyslaw Gomułka	Nr. 41
Andrei Antonowitsch Gretscho	Nr. 28
Andrei Andrejewitsch Gromyko	Nr. 20
Semjon Denisowitsch Ignatjew	Nr. 47
Janos Kadar	Nr. 34
Edvard Kardelj	Nr. 32
Joseph Kasavubu	Nr. 43
Alexej Nikolajewitsch Kosygin	Nr. 16
Frol Romanowitsch Kozlow	Nr. 17
Sergei Michailowitsch Kudrjawtsew	Nr. 26
Josif Josifowitsch Kusmin	Nr. 22
Wassili Wassiljewitsch Kusnetzow	Nr. 37
Otto Wilgelmowitsch Kuusinen	Nr. 29
Liu Schao-tschü	Nr. 21
Patrice Lumumba	Nr. 43
Rodion Jakowlewitsch Malinowsky	Nr. 18
Mao Tse-tung	Nr. 27
Anastas Iwanowitsch Mikojan	Nr. 3
Joseph Désiré Mobutu	Nr. 36
Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow (Skriabin)	Nr. 33
Nuritdin Akramowitsch Mukitdinov	Nr. 10
Mitrofan Iwanowitsch Nedelin	Nr. 23
Albert Norden	Nr. 7
Julius Nyerere	Nr. 45
Nikolaj Semenowitsch Patolischew	Nr. 38
Iwan I. Potechin	Nr. 5
Dmitri Stepanowitsch Poljansky	Nr. 30
Heinrich Rau	Nr. 8
Roman Andrejewitsch Rudenko	Nr. 31
Mehmet Schehu	Nr. 44
Danil Semenowitsch Solod	Nr. 2
Michail Andrejewitsch Suslow	Nr. 24
Josip Broz Tito	Nr. 40
Sekou Touré	Nr. 9
Walter Ulbricht	Nr. 35
Jewgeni (Eugen) S. Varga	Nr. 12
Hendrik Fransch Verwoerd	Nr. 6
Sir Roy Welensky	Nr. 4
Sir Edgar Whitehead	Nr. 13
Valerian Alexandrowitsch Zorin	Nr. 11

Territorialfragen

Sowjetunion

«Grosszügigkeit»

Wie macht es die Moskauer Presse, wenn sie die Einverleibung von 100 000 Quadratkilometer polnischer Territorien in die Sowjetunion behandelt? Ganz einfach, sie spricht in aller Selbstverständlichkeit von der grosszügigen Abtretung sowjetischer Gebiete an das westliche Nachbarland.

So schreibt die Monatszeitschrift «Politischeskoje Samojbrasowanie»: «Bekanntlich verzichtete die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg auf eine Anzahl Rayons, die früher zur Ukraine und zu Weissrussland gehörten und jetzt der Polnischen Volksrepublik einverleibt sind. Hingegen bestimmte die sogenannte ‚Curzon-Linie‘ die sowjetisch-polnische Grenze erheblich westlicher, als sie gegenwärtig verläuft.»

Tatsächlich war es Polen, das im Staatsvertrag mit der Sowjetunion vom 16. August 1945 auf beträchtliche Teile seiner Ostprovinzen — Ukraine, Weissrussland, Litauen — verzichten musste. Der territoriale Zuwachs war dagegen minimal.

Was die «Curzon-Linie» angeht, die der Artikel als ursprüngliche Demarkationslinie anzunehmen scheint, so verläuft sie teils westlich, teils östlich der heutigen Grenze. Sie ist von der Sowjetunion übrigens jeweils nur dann anerkannt worden, wenn sie zur Unterstützung territorialer Forderungen dienen konnte. Die Entente-Mächte hatten sich 1919 auf eine Ostgrenze Polens geeinigt, die über Grodno, Brest-Litowsk und Krilow verlief, aber im Süden nicht weiter als bis zur damaligen Grenze von Galizien verlief. Ihren Namen erhielt sie vom britischen Aussenminister Lord Curzon, der sie 1920 in einer Note an die Sowjetunion als Waffenstillstandslinie im sowjetisch-polnischen Krieg forderte. Lenin, dessen Truppen sich zu der Zeit im Vormarsch befanden, missachtete sie damals, musste sich dann aber 1921 im Frieden von Riga mit einer erheblich weiter östlich verlaufenden Grenze abfinden. Während des Zweiten Weltkrieges kam Stalin Churchill und Roosevelt gegenüber auf eine in seinem Sinn interpretierte Curzon-Linie zurück. An der Krimkonferenz (Februar 1945) wurde dann die Grenze festgelegt, wobei Ostgalizien der Sowjetunion zugesprochen wurde, obwohl das Gebiet als polnisches Mandat vorgesehen war.

Das alles hindert die sowjetische Geschichtsschreibung nicht daran, sich auf die Curzon-Linie als Beweis der grosszügigen Territorialpolitik Moskaus zu berufen.

DAS VERBILLIGTE NHG-JAHRBUCH

Eines technischen Versehens wegen wurde der Einzahlungsschein zum Jahrbuch der Neuen Helvetischen Gesellschaft, das den Lesern des «klaren Blicks» zu einem Sonderpreis angeboten wird, nicht der Nummer 47 beigelegt, in welcher Dr. Peter Sager das Werk besprach, sondern erst der folgenden Ausgabe. Wir hoffen gerne, dass unsere Leser das Vorzugsangebot auch so beachtet haben, weisen aber doch noch einmal auf die wertvolle Veröffentlichung hin. Die Bezugsmöglichkeit zu übersehen, wäre nicht nur der verminderten Kosten wegen schade.

Red. KB

Unser Memo

Rotchina trat in den letzten Jahren mit einer kämpferischen aussenpolitischen Haltung hervor. Es

stellte sich damit in einen gewissen Gegensatz zur Sowjetunion, nicht was das Ziel der Weltherrschaft, sondern was die Mittel anbetrifft.

Das Reich der Mitte ist das grösste Land der Erde; es weist eine Bevölkerung von knapp 700 000 Millionen auf; fast jeder vierte Erdenbürger lebt in diesem Land. Seit 1949 unter kommunistischer Herrschaft, soll China mit unerhörter Geschwindigkeit aus seiner uralten Beschaulichkeit gerissen und in das industrialisierte Zeitalter geworfen werden. Das erfordert unvergleichbar mehr Opfer, als wir zur Erhaltung unserer Lebensformen aufbringen müssten.

Opfer werden dann recht leicht gebracht, wenn der einzelne deren Notwendigkeit unmittelbar erkennen kann, sei es, dass Krieg herrscht, sei es, dass der Untergang bevorsteht. Wer deshalb Opfer verlangen will, muss auf die tatsächliche oder angebliche Bedrohung hinweisen.

China muss Opfer verlangen. Mao Tse-tung hat den Aufstand der Besitzlosen angeführt; Tschu En-lai muss heute verständlich machen, dass das Volk besitzlos bleibt und den Gurt noch enger schnallen muss. «Wenn ein Mensch ein tatsächlich revolutionäres Geistesleben hat, kann er die Nachteile eines ärmlichen Lebens sehr gut ertragen», sagte kürzlich Tao Tschu und wollte damit eine Not zur Tugend stempeln.

Die enormen Versorgungsschwierigkeiten Chinas sind die Ursache seiner kämpferischen Aussenpolitik. Sie sind aber auch das Pulverfass, dem nur der Funke zur Explosion fehlt. Ueberwindet China diese wirtschaftlichen Engpässe, so wird es damit zugleich die Macht erringen, auf angeblich friedlicherem Weg das gleiche Ziel zu verfolgen.

Der Schnappschuss

Das Posener Westinstitut legte in seiner Generalversammlung ein umfangreiches und kostspieliges Programm für das neue Jahr vor: Vorgesehen sind unter anderem die Errichtung zweier wissenschaftlichen Forschungszentren in Stettin und Zielon-Gora, die Abhaltung einer polnisch-tschechoslowakischen Konferenz über den Zweiten Weltkrieg und die Erweiterung von Verlagstätigkeit und Kontakten mit ausländischen Wissenschaftlern.

In einem Weihnachtsspiel über der Television von Havanna stellten die heiligen drei Könige Castro, seinen Bruder Raul und Bankpräsident Guevara dar.

In einer Dschunke trafen in Hongkong 57 chinesische Flüchtlinge aus der 300 km entfernten Hafenstadt Swatau ein. Grund ihrer Flucht war der dort herrschende Lebensmittelmangel.

Laut einer Londoner Schätzung sind keine zwei Prozent der chinesischen Männer im wehrdienstpflichtigen Alter in der Armee. Aber auch so sind es noch gut zwei Millionen.

Einen recht beträchtlichen Teil des Artikels zur Rückkehr des Mojssejew-Balletts von seiner Auslandstournee nahm in der «Prawda» die Weigerung Zürichs und Berns ein, die Truppe in diesen Städten auftreten zu lassen. — Und es bewegt sie doch.

«Der Apotheker darf nicht mit ‚Njet‘ antworten», lautet die Ueberschrift eines Artikels in der Moskauer «Sowjetskaja Torgowlja», worin sich eine Kasakstanische Apothekenverwaltung beklagt, dass sie nur zehn oder zwanzig Prozent gewisser Bestellungen erhalten habe. Der Apotheker aber dürfe Kranken ihre Medikamente nicht verweigern.

kurz

Zum Tode verurteilt wegen Veruntreuung von Ware wurde ein Leiter einer polnischen Genossenschaftsgerberei. Von den 15 Mitangeklagten erhielten drei lebenslängliche Gefängnisstrafe, die übrigen Freiheitsstrafen von sechs und mehr Jahren. Es bestehen keine Appellationsmöglichkeiten. Ein neues Beispiel für den härteren polnischen Kurs, diesmal nicht auf dem wirtschaftlichen, sondern auf dem strafrechtlichen Sektor.

Im Sektor Bauwesen wurden in der Sowjetunion im Verlauf von zehn Monaten zwei Milliarden Rubel weniger investiert als planmässig vorgesehen war. Vor allem haperte es bei der Zement- und Eisenbetonindustrie («Stroitel'naja Gasjeta», 4. Dezember).

Die Sowjetunion zählt heute vier Millionen von Fernsehkonzeptionären gegenüber 450 000 vor fünf Jahren. Die Programme werden von 95 Sendern und 160 Relaisstationen ausgestrahlt. Das Televisionsnetz umfasst ein Gebiet von 75 Millionen Einwohnern gegenüber einer Gesamtbevölkerung von 209 Millionen. Bis zum Ende des Siebenjahresplanes 1965 sollen 25 Millionen TV-Apparate registriert sein.

In Warschau wurde erstmals ein fünfjähriger Handelsvertrag über den Warenaustausch zwischen Polen und Jugoslawien abgeschlossen. Der Umsatz in den Jahren 1961 bis 1965 wird sich auf 320 Millionen Dollar belaufen.

Durch seine unerwartete Teilnahme an der Tagung des Obersten Sowjets rückte Alexej Kiritschenko wieder ins Rampenlicht, nachdem er im Mai als Sekretär und Präsidiumsmitglied des Zentralkomitees der KPdSU abgesetzt worden war.

50 Millionen Exemplare marxistischer Literatur sind in China verteilt worden. 300 Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin sind auch in die mongolischen, tibetischen, koreanischen und in andere Minderheitssprachen übertragen worden.

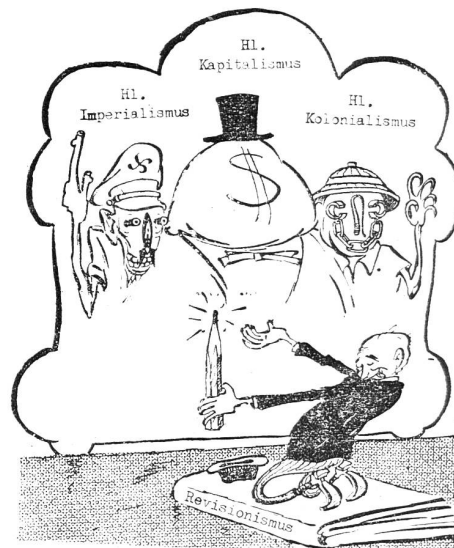
In dem vom letzten kommunistischen Manifest geächteten Jugoslawien sind eine polnische Jugenddelegation, eine sowjetische Kulturdelegation und eine bulgarische Journalistendelegation eingetroffen.

Eine grimmige Feststellung der Belgrader «Ekonomika Politika»: Für einen Fussballspieler gibt der Staat auf Subventionsweg jährlich 22 929 Dinar aus, für den Turnunterricht eines Schülers oder Lehrlings ganze 50 Dinar.

Nicht erwartet

hätte man in der sowjetischen Presse eine so zustimmende Karikatur zur Verdammung des Revisionismus im Moskauer Manifest des kommunistischen Führertreffens. Der Punkt war ja typisch eine sowjetische Konzession an die «harte» maoistische Linie gewesen.

Begreiflicher allerdings ist es, dass die erste sowjetische Darstellung dieser Art in Kasakstan erschien, das mit China eine lange gemeinsame Grenze und die Bevöl-



kerungsgruppe der Kasachen gemeinsam hat. Der Einfluss Pekings in dieser Republik ist beträchtlich. Nicht umsonst hat Chruschtschow bei seinem wirtschaftlich fragwürdigen Versuch zur Neulandgewinnung in Kasakstan eine grosse Zahl Russen (seit 1954 zwei Millionen) in diese Gebiete umgesiedelt.

Diese ganze Bevölkerungsumschichtung zeigt sichtlich, wie den politischen Erwägungen deutlicher Vorrang gegeben wird. Dafür aber scheint jetzt der wirtschaftliche Rückschlag bei der ganzen Neulandgewinnung eine politische Krise herbeizuführen.

Die am 10. Dezember in der «Kasakstan-skaja Prawda» erschienene Zeichnung — übrigens ein gutes Beispiel für die Güte der politischen Karikatur im Osten — stellt die Anbetung des Revisionismus vor einer Dreifaltigkeitsikone des westlichen Erbfeindes dar. Auf eine Personifikation des Revisionismus, etwa in Tito oder Kardelj, wurde verzichtet, was auf eine allgemeine, vorwiegend aber aufs Inland gerichtete Kritik schliessen lässt. Einer der seltenen Fälle, in denen eine Zeitung mit ihrer Interpretation vorprellt.